

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
 Drucker und Verleger: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
 Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.
 Agenturen in Deutschland: In allen größeren
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenpfeiffer & Vogler
 G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Mag.
 Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,
 Halle a. S. Jul. Bock & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A.
 Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
 furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

E. L. Berlin, 15. Februar.
Deutscher Reichstag.
 50. Sitzung vom 15. Februar.
 Präsident v. Lepow eröffnet die Sitzung
 um 1 Uhr.
 Das Haus ist wiederum nur sehr schwach
 besetzt.

Die Beratung des Postetats wird fortgesetzt
 bei dem Extraordinarium. Bei dem Titel „Dienst-
 gebäude in Deutsch-Krone“, wofür 157 000 Mark
 gefordert werden, findet
 Abg. Schmidt-Warburg (Ztr.) befragt,
 was er neulich über die Kostspieligkeit der Posten
 gesagt habe. Hierfür ein kleines Provinzial-
 städtchen 157 000 Mark, und für das Haupt-
 gebäude allein 133 000 Mark! Wie anders
 schänke man sich in anderen Verwaltungen ein,
 so in Preußen die Zustellungsverwaltung. U. A.
 fordere diese für ein Gebäude in Demmin, in dem
 zwei Amtsgerichte Platz finden sollen, nur 88 000
 Mark. Würde man in Deutsch-Krone Miets-
 räume beziehen, so würde man, einschließlich der
 Dienstwohnungen für den Vorsteher und einen
 Unterbeamten, wahrscheinlich mit 2100 Mark
 Miethe auskommen. Er bitte daher, diese Position
 zunächst einmal auf 1 Jahr zurückzustellen. Hier
 treffe zu das Wort auch der Herr v. Meyer-
 Arnswalde: Es geht auch so!

Direktor Fischer: Dies Wort trifft hier
 nicht zu! Wir riskieren sonst, daß uns das alte
 Haus über dem Kopf einfällt. Zwischen Post-
 und Gerichtsgebäuden lassen sich wegen der
 Verschiedenheit des Verkehrs zurechtfinden. Ver-
 gleiche nicht ziehen. Deutsch-Krone hat zwar nur 7000
 Einwohner, ist aber ein verhältnismäßig sehr
 wichtiger Postort. Wir haben dort 8 Agenturen,
 für welche im Postgebäude die Umkleidekabine
 folgen muß. Auch großen Fahrpostverkehr haben
 wir dort. Das sind alles Dinge, die man nicht
 seine Verschwendung treiben, wenn Sie, ent-
 sprechend dem Beschlusse Ihrer Kommission, die
 Forderung bewilligen.

Abg. Camp (Reichsp.) hebt hervor, die
 Kommission habe die Forderung einstimmig be-
 willigt. Von der Nothwendigkeit hätte sich Abg.
 Schmidt, der der Kommission nicht angehört,
 leicht bei seinen Parteigenossen in der Kommission
 informieren können, ehe er hier aufstehe, um die
 Forderung zu bekämpfen.

Abg. Müller-Sagan (freis. Volksp.):
 Die Forderung will ich nicht bekämpfen. Aber
 was Kollege Schmidt im Allgemeinen über Post-
 bauten gesagt hat, war jedenfalls zutreffend.
 Durchaus richtig war auch seine Bezugnahme auf
 Aufbauten. In Bezug auf den Verkehr in Post-
 und Gerichtsgebäuden läßt sich durchaus eine Pa-
 ratelle ziehen. An den Postbauten begegnet man
 vielfach Verzerrungen, welche mit einem Verkehrs-
 interesse nichts zu thun haben. Ebenso wenig die
 Farbenpracht, welche auch der Würde solcher
 öffentlichen Bauten nicht entspreche. Die Ver-
 waltung sollte von ihrem Postpostul ab- und zu
 einem soliden Verkehrsstil übergehen.

Abg. Schmidt-Warburg bemerkt noch:
 In der Kommission ist die Sache am Ende
 vorgekommen, wo Herr Bismarck in Berlin ein-
 zog. Und als ich da den Herrn Referenten be-
 fragte, hat er mir ausreichende Angaben nicht
 machen können. Sicher ist, daß unser preussischer
 Aufwandsminister allen Anzügen bei Bauten vermeidet
 und auch dazu durch den Finanzminister gedrängt
 wird. Es wäre gut, wenn auch im Reiche der
 Reichthum mehr waltete.

Abg. Hamacher (ul.) meint, derartige
 Vergleiche zwischen verschiedenen Verwaltungen
 solle man überhaupt nicht ziehen. Jede Verwal-
 tung habe ihre eigenen Bedürfnisse. (Sehr
 richtig!) Und innerhalb derselben Verwaltung
 sogar seien die Bedürfnisse in den verschiedenen
 Fällen verschieden. Hier bei Deutsch-Krone lägen
 jedenfalls eigenartige Verhältnisse vor, die der
 Vorredner nicht genannt habe. Letzterer werde
 daher hoffentlich jetzt seinen Vorschlag auf
 Streichung der Position zurückziehen. Was
 die Verzerrungen bei den Postbauten
 anlangt, so sei es doch durchaus richtig, wenn die
 Postverwaltung sich bei ihren Bauten etwas nach
 dem Geschmack der jeweiligen Umgebung richte.
 Redner weist noch eine Bemerkung Camp's
 zurück: „man möge nicht durch Ablehnung eines
 nothwendigen Baues in Deutsch-Krone einem der-
 artigen Unfall wie in Stettin Vorbehalt leisten.“
 Dort habe das Abgeordnetenhaus 1883 einen
 Bahnhofs-Umbau nicht bewilligt und hinterher sei
 jener Unfall passiert, der vielen Menschen das
 Leben kostete. Diese Bezugnahme sei ganz unzu-
 treffend, denn das Abgeordnetenhaus habe den
 Umbau nur in der vorgeschlagenen Form nicht
 bewilligt. Auch sei der Unfall schon wenige Monate
 darauf passiert, also noch ehe der Umbau hätte
 beendet werden können. Wollte man also Jemandem
 einen Vorwurf machen, dann höchstens dem
 Eisenbahnminister, der mit seinen Vorschlägen so
 lange gewartet habe.

Abg. Camp bleibt bei seiner Auffassung
 stehen und verweist hinsichtlich Deutsch-Krone
 nochmals auf den einstimmigen Beschluß der
 Kommission.
 Abg. Gröber (Ztr.): In Deutsch-Krone
 kann man sehr wohl mit einer geringeren Summe
 auskommen. Thurm und sonstiger Schmuck
 schaden können wegfallen. Wir sind gezwungen, auf
 Sparsamkeit zu sehen und wir bitten Sie des-
 halb, unserem Vorschlage entsprechend die Position
 abzulehnen.

Nach kurzer Erwiderung Camp's schließt die
 Diskussion und die Forderung wird bewilligt.
 Dafür stimmen: Konservativ, Reichsparteiler,
 Nationalliberale, Radikal und drei Sozialdemokraten.
 Bei der Forderung für einen Umbau in
 Greifswald taucht
 Abg. Schmidt-Warburg (Ztr.) an den
 Bauplänen den schönen Giebel und die Thürme.
 Diejenigen könnten sehr gut wegbleiben. Greif-
 swald habe genug schöne Gebäude. Wie gut es
 sei, nicht alles gleich alles zu bewilligen, zeige
 übrigens daraus, daß jetzt 37 000 Mark weniger
 gebraucht würden, als man im Vorjahre ge-
 fordert habe.

Der Titel wird bewilligt. Für Potsdam
 wird ein neues Dienstgebäude verlangt; die Kom-
 mission beantragt, durch Resolution zu der Er-
 richtung nur eines Ziegelfeinbaues aufzufordern.
 Das Haus beschließt demgemäß.
 Die Forderung für ein neues Dienstgebäude
 in Schwerin (Mecklenburg) beantragt
 Abg. Schmidt-Warburg (Ztr.), an die
 Budgetkommission zurückverweisen. Schon die
 in Anschlag gebrachte große Summe für Stein-
 gebäuden, 70 000 Mark, charakterisiren diesen
 Bau als Luxusbau.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag abge-
 lehnt und die Position genehmigt.

Bei der Forderung für einen Bauplatz in
 Hamm für ein neues Dienstgebäude beantragt
 Abg. Schmidt-Warburg (Ztr.) Streichung.
 Es sei besser, noch einmal zu prüfen, ob nicht ein
 geeigneter Bauplatz zu finden sei.

Abg. Leitzmann (frs.) bittet dem entgegen,
 den Titel zu bewilligen. Hinsichtlich des Bau-
 platzes sei ihm der Vorschlag der Regierung, in
 welchem auch das Interesse der kleinen Leute ge-
 wahrt sei, sympathischer, als der Vorschlag der
 Großindustriellen, welcher nur auf Verdrüsslich-
 ung der Interessen dieser selbst hinauslaufe.

Abg. Hamacher (nat.) spricht sich für
 Bewilligung aus. Wo es sich um lokale Inter-
 essen handle, gehe er stets von der Überzeugung
 aus, daß die Postverwaltung diese lokalen Inter-
 essen jedes Mal, ehe sie einen Entschluß fälle,
 sorgsam prüfe.

Abg. v. Leipziger empfiehlt den Antrag
 Schmidt.

Direktor Fischer bittet um Bewilligung.
 Der von der Verwaltung gewählte Bauplatz sei
 gerade von den städtischen Behörden empfohlen.
 Nach längerer Debatte wird die Position be-
 willigt, ebenso ohne weitere Debatte der Rest des
 Extraordinariums.

Zur Beratung stehen endlich die Einnah-
 men des Etats. Die Einnahmen an Porto und
 Telegraphengebühren sind mit 245 1/2 Millionen
 angesetzt. Die Budgetkommission schlägt vor, den
 Staatsanfang auf 245 970 000 Mark zu erhöhen,
 und zwar in Gemäßheit der während der drei
 letzten Jahre stattgehabten durchschnittlichen Ein-
 nahmesteigerung um 4,95 Prozent. (Die Regie-
 rung hatte bei ihrem am 31. Millionen
 niedrigeren Staatsanfang der Steigerung der Ein-
 nahmesteigerung Rechnung tragen zu sollen ge-
 glaubt, welche seit 1889—90 mehrfach stattge-
 funden habe.)

Abg. v. Stauch (konf.) beantragt Wieder-
 herstellung des niedrigeren Staatsanfangs.

Direktor Fischerborn: Der Antrag der
 Kommission auf Erhöhung eines Staats-
 anfangs ist etwas so Ungeheuerliches und
 konnte so präjudizial werden, daß ich mich
 verpflichtet fühle, ihn zu bekämpfen. Einmal
 verweise ich auf die Staatspreis hin. Dann
 darauf, daß bei jedem Wechsel in der Praxis
 die Veranschlagungen für die Zukunft erschwert
 werden. Die gewonnene äußerste rechnerische
 Erwartung wird niemals voll eingekehrt, sondern
 unter Verdrüsslichkeit der jeweiligen wirt-
 schaftlichen Lage, damit die Erwartungen sich
 auch erfüllen. Und das ist auch diesmal
 geschehen, im Interesse einer vorsichtigen Ver-
 anschlagung. Es liegt kein Grund vor, davon abzu-
 gehen, um so weniger, als sich in den letzten
 Jahren statt der Mehreinnahmen Mindereinnah-
 men ergeben haben, abgesehen allerdings von dem
 laufenden Jahre, wo ein Plus von 700 000 Mark
 vorliegt. Aber das hat wieder seinen Grund nur
 darin, daß wir für dieses laufende Jahr einen
 Sicherheitsfaktor, — die vorläufige Veranschlagung
 der wirtschaftlichen Lage — besonders hoch
 gegriffen haben. Auf bloße Hoffnungen hin sollten
 wir daher nicht den Staatsanfang erhöhen.

Abg. Schmidt-Warburg (frs.) kommt von
 Neuem auf die Frage zurück, welchen Ausfall die
 Ermäßigung des Portos für die Briefe zwischen
 15 und 20 Gramm auf den einfachen Postfuß
 zur Folge haben würde. Die amtliche Statistik
 widerspreche jedenfalls den neulichen Angaben des
 Direktors Sagan.

Direktor Sagan hält dem Vorredner vor,
 zu verschiedenen Zeiten angenommenen Statistiken
 verwechselt und Baieren und Württemberg außer
 Betracht gelassen zu haben. Die Berechnung des
 Ausfalls im Falle jener Portomäßigung bezw.
 Hinaufhebung des Gewichtsmaximums für einfache
 Briefe auf rund 5 Millionen Mark sei durchaus
 richtig.

Abg. Schmidt (Eberfeld) beharrt dabei,
 daß die befondere Statistik von 1891 mit der all-
 gemeinen von 1892 keinesfalls übereinstimme, eine
 von beiden Statistiken müsse also falsch sein.

Abg. Hamacher (nat.): Ich spreche
 mich für den Antrag Standt aus. Nach den Er-
 klärungen des Herrn Direktor Fischerborn ist es
 klar, daß die diesmalige Veranschlagung der Ein-
 nahmen nach den früheren Grundsätzen erfolgt ist,
 und an diesen ist festzuhalten. Es bedarf ganz
 ungewöhnlicher Gründe, um es zu rechtfertigen,
 von den alten Grundsätzen abzuweichen. Man
 muß nicht nur den jährlichen Steigerungsdurch-
 schnitt berücksichtigen, sondern auch die jeweiligen
 Verhältnisse. Wenn in den letzten Jahren sich ge-
 zeigt hat, daß die Veranschlagung von der Wirk-
 lichkeit nicht erreicht worden ist, so läge sogar eine
 Gefahr darin, wenn man das unbeachtet lassen
 wollte, bloß um eine Erleichterung in den Matru-
 lularbeiträgen herbeizuführen. Es ist auch ganz
 richtig, die Verantwortung für die Einnah-
 menveranschlagung der Regierung zu überlassen. Ebe-
 nso ist auch, daß das Schwanken unseres ge-
 schäftlichen Lebens in einer retardierenden Bewe-
 gung ist.

Abg. Richter: Herr Hamacher ist ja nicht
 erst heute überzeugt worden, sondern schon in der
 Kommission. Trotzdem hat die Mehrheit der
 Kommission den Staatsanfang erhöht. Und wenn
 die Beratung in der Kommission überhaupt
 eine Bedeutung hat, so müßte doch das
 Plenum die Beschlüsse der Kommission fest-
 halten. Hier handelt es sich gar nicht um
 „Grundsätze“ der Vergangenheit, sondern nur
 um eine Schablone. Der Herr Direktor Fischer-
 born meinte, der Vorgang hier sei ungewöhnlich,
 und eventuell präjudizial. Ja, ist es denn
 etwa „gewöhnlich“, daß die Matru-lularbeiträge so
 hoch steigen? Und wie präjudizial. Daß denn
 dieses Haus nicht etwa das Recht, auch die Ein-
 nahmen festzustellen? Nicht Grundsätze, sondern
 eine Schablone liegt hier vor. „Grundsatz“ ist
 gerade unter Verfahren, die Steigerung nach dem
 tatsächlichen jährlichen Durchschnitt zu veran-
 schlagen, und Schablone ist nur das Verfahren
 der Regierung, hier noch einen willkürlichen Ab-
 schlag vorzunehmen. Der Herr Direktor hat sel-
 ber zugeben müssen, daß die tatsächlichen Ein-
 nahmen stets den Etat überschritten. Ja, ist denn
 das eine Nothwendigkeit, den Etat so zu veran-
 schlagen. Vorläufige Veranschlagung empfiehlt
 man uns. Ja, ist es denn nicht vortheilhafter, den
 Etat nach den wirklichen Verhältnissen zu be-
 messen, statt nach einer Schablone? Und dann ist
 ja doch das Jahr 1892—93, auf welchem Ihre
 Berechnung fußt, ein ganz besonders ungünstiges
 gewesen, weshalb sollen wir denn das zur Grund-
 lage nehmen? Die Regierung ist doch hier par-

teilisch, sie hat ein nahe liegendes Interesse an
 einer niedrigen Veranschlagung, weil sie neue
 Steuern will. (Sehr richtig!) Und wer hat uns
 denn eigentlich zu unserem Vorgehen veranlaßt?
 Der Herr Staatssekretär, der in der Kommission
 des Wachstums der Einnahmen seiner Verwaltung
 schilberte und auf dem bekannten Handelsplatz-Diner
 vor ungerechtfertigtem Pessimismus warnte! Ich
 gebe ja zu, daß die Einnahmen der Postverwaltung
 fallen können, wenn etwa die Duitings- und
 Frachtfreier angenommen werden. (Sehr richtig!)
 Aber das zu verhindern, haben Sie ja selbst in
 der Hand! Meines Erachtens wäre es ganz un-
 gerechtfertigt, wenn wir hier zum Nachtheil der
 Einzelstaaten, zu Ungunsten der Matru-lularbeiträge,
 den Staatsanfang niedriger setzen wollten, als die
 Kommission es gethan hat. (Beifall.)

Staatssekretär v. Stephan: Wir haben
 gar kein Interesse daran, den Etat möglichst
 niedrig anzusetzen. Aber seit meinen von dem
 Vorredner erwähnten Ausführungen haben sich die
 Verhältnisse ungünstiger gestaltet. Im Dezember
 ist der Ueberschuß unserer Verwaltung um unge-
 fähr 2 Millionen niedriger gewesen, als im De-
 zember 1892. Wir müssen uns deshalb ent-
 scheiden gegen eine Erhöhung des Etats erklären;
 es würde das nur zu Enttäuschungen führen, um
 so mehr, als die Post in ihrer Entwicklung ab-
 hängig ist von dem Verkehr in allen Nationen.
 Ich brauche Sie nur auf Amerika hinzuweisen.
 Was ich meine, werden Sie wissen. Soeben erst
 wieder hat der Lloyd beschossen, seine 2. wöchentliche
 Fahrt nach Amerika einzustellen. Und was
 glauben Sie, daß der Sturm der letzten Tage
 uns für Kosten macht? Nach unserer Berechnung
 600 000 Mark, in Hamburg allein 197 000 Mark.
 Solche unvorhergesehenen Ereignisse fallen sehr
 ins Gewicht. Und dann möchte ich doch im Ein-
 klang mit den Ausführungen des Herrn Ham-
 macher noch betonen, wie gefährlich es ist, die
 Last der Verantwortung für die Aufstellung des
 Etats von den Schultern der Beamten auf
 die Mitglieder des Reichstages zu legen.

Abg. v. Leipziger (konf.) tritt für den
 Antrag von Standt ein.

Abg. v. Beck: Herr Hamacher wies auf
 die ungünstigen Erwerbsverhältnisse hin. Neulich
 bei den Nothstandsdebatten sprach er ganz anders.
 Sie reden eben, wie es Ihnen gerade paßt! Auch
 Herr v. Stephan malte vorhin schwarz und bezog
 sich dabei auf die Verhältnisse in Amerika. Waren
 diese denn aber besser, als er seine von Herrn
 Richter erwähnte Rede auf dem Handelsplatz
 hielt? Der Reichstag ist jedenfalls souverän in
 der Aufstellung des Etats, und er wird ihn daher
 aufstellen nach Maßgabe der wirklichen Verhält-
 nisse. In der Kommission hat übrigens auch
 Herr Fischerborn gegen die höhere Etatsfindung
 viel lebhafter protestirt, als der Vertreter
 der Postverwaltung. Herr von Stephan
 scheint erst nachträglich auf den Gedanken
 gekommen zu sein, daß er auch protestiren muß!
 Redner bekräftigt dann gleich Schmidt-Eber-
 feld die Erhöhung des Gewichtsmaximums ein-
 facher Briefe auf 20 Gramm. Der bairische
 Verkehrsminister habe das übrigens in Berlin an-
 geregt, sei aber abgewiesen worden. Weiter will
 Redner das 5 Pfennig-Porto für Stadtbriefe in
 Berlin.

Staatssekretär v. Stephan befreit, daß
 die vom Vorredner erwähnte Anregung aus
 Baieren an ihn ergangen sei.

Nach weiterer kurzer Debatte wird, unter Ab-
 lehnung des Antrages Standt, die höhere Summe
 in den Etat eingestellt, und der Rest der Ein-
 nahmen debattelos genehmigt, ebenso nach uner-
 heblicher Debatte der Etat der Reichsdruckerei.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Etat (Auswärtiges Amt).

Schluß nach 6 Uhr.

E. L. Berlin, 15. Februar.

Preussischer Landtag.

5. Sitzung vom 15. Februar.

Der Präsident Fürst zu Stolberg er-
 öffnet die Sitzung um 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der
 mündliche Bericht der Eisenbahn-Kommission über
 die überfällige Darstellung der Ergebnisse der
 Verhandlungen des Landeseisenbahnrats im
 Jahre 1893.

Die Kommission beantragt die Vorlage durch
 Kenntnissnahme für erledigt zu erklären.
 Graf v. Klenow (frs.) sieht sich veran-
 laßt, bei dieser Gelegenheit auf die Stellung der
 bairischen Staatsregierung zu den Staffeltarifen
 zu verweisen. Er wolle keine Diskussion über
 die Staffeltarife hervorgerufen, weil er das nicht an
 der Zeit erachte, wohl aber wolle er darauf ver-
 weisen, daß nach dem bekannt gewordenen Mitthei-
 lungen die bairische Regierung ihre Zustimmung
 zum russischen Zolltarif abhängig gemacht habe
 von der Aufhebung der Staffeltarife in Preußen.
 Die bairische Regierung habe also im Bundes-
 rathe die Nothlage benutzt, um zum Schaden
 Preußens für sich etwas herauszuschlagen. Diese
 Einmischung eines fremden Staates in preussische
 Angelegenheiten müsse mit Entschiedenheit zurück-
 gewiesen werden. (Beifall.)

Minister Thielens: Er sei nicht in der
 Lage, namens der Staatsregierung eine Antwort
 zu geben. Was die thatsächlichen Verhältnisse
 anbelangt, so habe bereits im vorigen Jahre die
 bairische Regierung die preussische Regierung
 davon in Kenntniss gesetzt, daß über die Wirkung
 der preussischen Staffeltarife große Besorgnis
 herrsche, die es der bairischen Regierung zur
 Pflicht mache, sich mit Preußen hierüber in Ver-
 bindung zu setzen. Dies geschah zu einer Zeit,
 wo von dem russischen Handelsvertrage noch keine
 Rede war. In den Verhandlungen mit den bairi-
 schen Abgeordneten wurde das Material gesammelt
 und die Verhandlungen werden heute und morgen
 fortgesetzt. Welches Ergebnis diese Verhand-
 lungen haben werden, läßt sich nicht über-
 sehen, ebenso wenig, welche Stellung die
 preussische Staatsregierung den Wünschen der
 bairischen Regierung gegenüber einnehmen werde.
 Die übrigen süddeutschen Staaten haben ebenfalls
 Reklamationen gegenüber den Staffeltarifen an
 die preussische Regierung gerichtet und sind auch
 mit diesen Verhandlungen angeknüpft, welche vor-
 ausichtlich am 26. d. M. beginnen werden.
 Daraus ersieht man, daß die Annahme, die
 bairische Regierung habe eine bestimmte Stellung
 im Bundesrathe eingenommen, nicht richtig ist,
 ebenso wenig die Annahme, daß die preussische Re-

gierung bereits über die Staffeltarife Beschluß ge-
 faßt habe.

Graf v. Mirbach ist dem Minister für
 diese Erklärung dankbar, behauptet indessen, daß
 für die Provinz Schlesien z. B. die Aufrecht-
 erhaltung der Staffeltarife beim Zustandekommen
 des russischen Handelsvertrages eine unabsehbare
 Nothwendigkeit sei. In der Abwehr der zu
 Tage getretenen Bestrebungen der süddeutschen
 Bundesstaaten müßten alle zusammenstehen.

Herr v. Stumm: Nicht der russische
 Handelsvertrag habe die Besorgnis der bairischen
 Regierung hervorgerufen, die direkte Ursache sei
 vielmehr die beabsichtigte Aufhebung des Identitäts-
 nachweises. Für diese aber würde sich im
 Reichstage keine Majorität finden, wenn nicht
 gleichzeitig die Staffeltarife aufgehoben werden.
 Auch in Preußen ist der größere Theil gegen die
 Beibehaltung der Staffeltarife.

Minister Thielens verweist darauf, daß die
 süddeutschen Staaten nur dahin streben, die Wir-
 kungen der Staffeltarife auf den bisher von ihnen
 beherrschten Märkten herabzumindern. Darauf
 hin gingen die Bestrebungen bereits seit Jahr und
 Tag; die Sache habe sich nur zeitlich zugespitzt
 mit dem russischen Handelsvertrage.

v. Hellborn-Debra führt aus, daß die
 Interessen des größten Theils des preussischen
 Staats gegen die Beibehaltung der Staffeltarife
 sprächen. Die Aufhebung des Identitätsnachweises
 sei sehr viel wichtiger. Durch die Staffeltarife
 sei namentlich die Provinz Sachsen schwer ge-
 schädigt.

v. Graf steht auf dem Standpunkt von
 Stumm. Er sei der Meinung, daß die Auf-
 hebung des Identitätsnachweises für den Osten
 verhängnisvolle Vortheile bringe, daß die Ma-
 jorität der bairischen Landwirthe gern auf die
 Staffeltarife verzichten werde. (Widerpruch.)
 Einen wirtschaftlichen Vortheil der Staffeltarife
 könne er nicht zugeben, im Gegentheil würden
 durch die Tarife die Preise nur in dem Maße
 der Tarifdifferenz herabgedrückt, dagegen würde
 die Aufhebung des Identitätsnachweises der öst-
 lichen Landwirtschaft die höheren Preise wieder-
 bringen.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen der
 Herren v. Wedell-Viesdorf, Graf v. Klenow,
 v. Stumm und Graf v. Mirbach beschließt das Haus
 nach dem Antrage der Kommission.

Der Bericht über die Ergebnisse der Staats-
 bahnen, ferner der Bericht über die Umwandlung
 von Eisenbahn-Prioritäts-Anleihen und endlich der
 Bericht über die Eisenbahn-Bau-Ausführungen
 werden durch Kenntnissnahme erledigt.
 Damit ist die Tagesordnung erschöpft.
 Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.
 Tages-Ordnung: Vergeleg-Verordn.
 Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

Δ Berlin, 15. Februar. Nach den bis jetzt
 vorliegenden Meldungen sind in Deutschland dem
 Sturme der letzten Tage 21 Menschenleben zum
 Opfer gefallen, während 450 Personen Verlethun-
 gen davon getragen haben.

Wie die „Nat.-Ztg.“ meldet, steht es jetzt fest,
 daß der Besuch des Kaisers beim Fürsten Wis-
 mard in Friedrichshagen auf der Reise des Kaisers
 nach Wilhelmshafen, und zwar am 19. d. Mts.
 erfolgen wird. Der Kaiser wird beim Fürsten zu
 Abend speisen.

In der heutigen Sitzung der Budgetkom-
 mission des Reichstages, welche den Militäretat
 weiter beriet, machte der Kriegsminister von
 Bismarck auf Anfrage des Abg. Hamacher die
 Mittheilung, daß der Kaiser bereits vor 8 Tagen
 die Vorschläge genehmigt habe, das Gepäck der
 Infanterie um 13 bis 14 Pfund zu erleichtern.

Nach der im Reichs-Eisenbahnrat auf-
 gestellten Nachweisung der auf deutschen Eisen-
 bahnen — ausschließlich Baieren — im Monat
 Dezember v. J. beim Eisenbahnbetriebe (mit Aus-
 schluß der Werkstätten) vorgekommenen Unfälle
 waren im Ganzen zu verzeichnen: 3 Entgleisungen
 und 3 Zusammenstöße in Stationen und 229
 sonstige Unfälle (Ueberschreiten von Fuhrwegen,
 Feuer im Zuge, Reibexplosionen und andere Er-
 eignisse beim Eisenbahnbetriebe, sofern bei letzteren
 Personen getödtet oder verletzt worden sind). Bei
 diesen Unfällen sind im Ganzen, und zwar größtentheils
 durch eigenes Verschulden, 255 Personen
 verunglückt, wozu 33 Eisenbahnfahrzeuge erheblich
 und 146 unerschwerlich beschädigt. Von den befor-
 derten Reisenden wurden 8 getödtet und 16 ver-
 letzt, und zwar entfielen: je eine Tödtung auf
 die Kreisel-Eisenbahn, auf die Reichseisenbahnen
 in Elsaß-Lothringen und auf den Verwaltungsbezirk
 der königlichen Eisenbahn-Direktion in Breslau,
 zwei Tödtungen auf den Verwaltungsbezirk der
 königlichen Eisenbahn-Direktion in Berlin und je
 eine Tödtung auf die Verwaltungsbezirke der
 königlichen Eisenbahn-Direktion in Bromberg,
 in Magdeburg und in Hannover, elf Verletzungen
 auf den Verwaltungsbezirk der königlichen Eisenbahn-
 Direktion in Erfurt, je eine Verletzung auf die
 Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen, auf die
 großherzoglich badischen Staatseisenbahnen und auf
 die Verwaltungsbezirke der königlichen Eisenbahn-
 Direktionen in Frankfurt a. M., in Köln (rechts-
 rheinische) und in Köln (linksrheinische). Von
 Bahnbauten und Arbeitern im Dienst wurden
 beim eigentlichen Eisenbahnbetriebe 37 getödtet und
 161 verletzt, von Steuer- u. f. w. Beamten einer
 getödtet und zwei verletzt, von fremden Personen
 (einschließlich der nicht im Dienst befindlichen
 Bahnbauten und Arbeiter) 19 getödtet und
 11 verletzt. Außerdem wurden bei Nebenbe-
 schäftigungen 36 Bahnbeamte und Bahnarbeiter
 verletzt.

Die Landgemeindevorstellung von 1891 ent-
 hält keine Bestimmung darüber, wie es bei der
 ersten Wahl der Gemeindevorstände für eine aus
 mehreren bisherigen Gemeinden neu gebildete
 Landgemeinde zu halten ist. Ein Sonderfall hat
 dem Minister des Innern Anlaß gegeben, sich über
 das zu beachtende Verfahren dahin auszu-
 sprechen:

Wenn die neu gebildete Gemeinde nach der
 Zahl ihrer Stimmberechtigten eine Gemeindevor-
 stellung haben muß, so ist vor allem zur Wahl
 der Gemeindevorordneten zu schreiten. Hierbei ist
 nach den bekannten Bestimmungen zu verfahren,
 und es bleibt nur die Frage zu entscheiden, in
 welcher Weise der Vorschritt zu genügen ist, daß
 die im Amte befindlichen Gemeindevorsteher und
 Schöffen ohne weiteres in die zu bildende Ge-
 meindevorstellung einzutreten haben. Es erscheint
 sachgemäß und dem Sinne des Gesetzes ent-
 sprechend, wenn vorläufig bis zur Wahl des

neuen Gemeindevorsteher und der Schöffen für
 die vereinigte Gemeinde namentlich zur vorläufigen
 mäßigen Bildung der Gemeindevorstellung die bis-
 herigen Gemeindevorsteher und Schöffen der beider
 Gemeinden zur Wahrnehmung der Funktionen
 des Gemeindevorsteher und der Schöffen heran-
 gezogen werden. Da aber von den beiden bis-
 herigen Gemeindevorsteher nur einer als provi-
 sorischer Gemeindevorsteher der neuen Gemeindevor-
 stellung kann, so wird, falls sich die beiden Vor-
 stehenden nicht anders hierüber verständigen, der
 dem Dienstalter, oder der dem Lebensalter nach
 dem anderen voranziehende der Geschäfte zu führen
 haben. Der Gemeindevorsteher der anderen Ge-
 meinde wird die Stelle des ersten Schöffen über-
 nehmen können. Wenn jede der beiden Gemeinden
 bisher zwei Schöffen gehabt hat, so unterliegt es
 keinem Bedenken, daß diese sämtlich vorläufig
 als Schöffen eintreten; nur, wenn zusammen
 mehr als sechs Schöffen vorhanden sind, wird sich
 eine Reduktion gleichfalls nach dem Dienst- oder
 Lebensalter empfehlen. Nach Beendigung der
 Wahlen und ihrer Bestätigung haben dann die
 Mitglieder des provisorischen Gemeindevorstandes
 ihr Amt niederzulegen.

Kiel, 15. Februar. Ihre königlichen Hoheiten
 der Prinz und die Prinzessin Heinrich sind heute
 zurückgekehrt.

Kiel, 15. Februar. Kapitänleutnant Follen-
 nus ist zum Korvettenkapitän, Lieutenant zur
 See Adolf Schaumann zum Kapitänleutnant be-
 fördert worden.

Wilhelmshafen, 15. Februar. Der Kom-
 mandant des Schulschiffes „Gneisenau“, Kapitän
 zur See Stubenrauch, ist zum Kommandanten
 von Helgoland, die Korvetten-Kapitäne Ederer,
 von der Groben, Wilters, Götts, Meiß sind zu
 Kommandanten der Kriegsschiffe „Marie“, „See-
 adler“, „Pell“, „Carola“ und „Wacht“ ernannt
 worden.

Anlässlich der Niederwerfung des Aufstandes
 in Kamerun erhielten Kapitänleutnant Reinke
 den Roten Adler-Orden vierter Klasse, die Leuten-
 ants zur See Deimling und von Roschbach
 den Kronen-Orden vierter Klasse mit Schwertern.

Münster i. W., 15. Februar. Der Mi-
 nister erklärte sich zur Desselung des Kanals von
 Hamm nach Datteln bereit, wozu der Provinzial-
 ausschuss die Uebernahme gewisser Verpflichtungen
 zum Dortmund-Rhein-Kanal abhängig machte.
 Das Vertragsverhältnis ist dahin geändert worden,
 daß die Abgibt von 70 Prozent, Westfalen 30
 Prozent trägt (früher 60 bzw. 40).

Kassel, 15. Februar. Die Feuersbrunst in
 Harbried ist eingedämmt. Ein Drittel des
 Dorfes ist eingeeigert. 23 Wohnhäuser, sechs
 Scheunen und das Schulgebäude sind nieder-
 gebrannt.

Dresden, 15. Februar. Das heute früh
 ausgegebene Bulletin über das Befinden des
 Königs lautet: Dem gestrigen Tag haben Seine
 Majestät in gutem Wohlbefinden verbracht und auch
 die Nacht ist ohne Störung vorübergegangen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 15. Februar. Von mehreren Seiten
 wird gemeldet, daß Kaiser Franz Josef mit der
 Kaiserin Elisabeth demnächst an der französischen
 Riviera in Nizza oder Mentone einige Zeit zur
 Erholung verbringen wird.

Der bulgarisch-türkische Streitfall wegen der
 Eisenbahnlinie Belowa-Saramey ist erledigt.
 Die Pforte hat erklärt, daß sie im Prinzip gegen
 die Erwerbung dieser Strecken durch Bulgarien
 nichts einwende. Darauf hat Bulgarien seine
 Beamten von Saramey zurückgezogen und nur
 um schleunige Ordnung der Angelegenheit er-
 sucht.

Brag, 15. Februar. Landtag. In Beant-
 wortung der Interpellation der Jungbuchen wegen
 der Vorgänge in dem Umladungsprozeß erklärte der
 Statthalter

